

Dokumentation

# Festveranstaltung im Rahmen der DFG-Jahresversammlung 2014

Rede von DFG-Präsident Professor Dr. Peter Strohschneider

Grußwort von Staatsministerin Doris Ahnen

Ansprache von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Goethe-Universität Frankfurt/Main, 2. Juli 2014



**forschung**

Das Magazin der Deutschen Forschungsgemeinschaft

3/2014

**DFG**

# Rede

## von DFG-Präsident Professor Dr. Peter Strohschneider

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,  
sehr geehrte Frau Staatsministerin Ahnen,  
sehr geehrter Herr Staatsminister Rhein,  
sehr geehrter Herr Professor Müller-Esterl,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

zur Jahresversammlung der Deutschen Forschungsgemeinschaft begrüße ich Sie recht herzlich – Sie alle, die Sie die Mitglieder der DFG vertreten; die Sie Ihr Wissen, Ihr Können und Ihre Erfahrung der Selbstverwaltung von Wissenschaft zur Verfügung stellen in den Gremien, in Begutachtungs- und Entscheidungsprozessen und in der Geschäftsstelle der DFG; die Sie das Förderhandeln und die wissenschaftspolitischen Aktivitäten der DFG in vielfältiger Weise unterstützen und kritisch begleiten.

Besonders freut es mich, aus diesem Kreise heute die Frau Bundeskanzlerin begrüßen zu können: Es ehrt uns besonders, sehr verehrte Frau Merkel, dass Sie unsere Einladung angenommen haben und dass Sie die Festveranstaltung der DFG als einen Rahmen wählen, um über Bedeutung und Perspektiven von Wissenschaft und Forschung in unserer Gesellschaft zu sprechen.

Es ist dies ja ein Feld, das Bund und Länder in unserer föderalen Ordnung gemeinsam verantworten. Diese Verantwortungsgemeinschaft ist nicht zu jeder Zeit völlig frei von gewissen Spannungen. Wie könnte sie? Sie ist indes auch eine besondere Stärke unseres Wissenschaftssystems. Wir begrüßen es deswegen sehr, dass Bund und

Länder vor wenigen Wochen wichtige Schritte zur Ausrückung dieser Verantwortungsgemeinschaft verabredet haben. Mit ihnen eröffnen sich entscheidende Perspektiven für die Weiterentwicklung und Leistungsfähigkeit des Wissenschaftssystems.

Ich begrüße also mit gleicher Freude Sie, liebe Frau Ahnen, zu unserer Festveranstaltung – als die rheinland-pfälzische Wissenschaftsministerin, als Repräsentantin der Länder, als über die Jahre hin verlässliche Freundin der DFG sowie der durch sie insbesondere geförderten Universitäten. Eine dieser Universitäten feiert in diesem Jahr ihren 100. Geburtstag. An ihr sind wir heute zu Gast, wofür ich in unser aller Namen Dank sage. Seien Sie herzlich begrüßt, lieber Herr Kollege Müller-Esterl.

Zu einer Jahresversammlung gehört eine Ansprache und gehören Grußworte besonderer Gäste. Zu ihr gehört freilich auch ein Festvortrag, der sich einem akademischen (und zuweilen gar nicht so akademischen) Thema widmet – in diesem Jahr der „Wirksamkeit öffentlicher Innovationsförderung“.

Mit diesem Thema – meine sehr verehrten Damen und Herren – ist ein besonderer Aspekt jener höchst vielschichtigen Zusammenhänge angesprochen, die auch das Motto unserer Jahresversammlung in ein einzelnes Wort zu fassen sucht: „Erkenntniswerte“. Und dabei geht es so, wie Karl Kraus es im Aphorismus auf den Begriff



brachte: „Je näher man ein Wort ansieht, desto ferner sieht es zurück.“<sup>1</sup> Unser Motto spricht nämlich nicht im Singular nur vom „ErkenntnisWert“, etwa vom Beitrag, den eine einzelne Forschungseinsicht zum Zusammenhang wissenschaftlicher Erkenntnisse leistet. Das Motto spricht von „Erkenntniswerten“ im Plural. Es betont die herausragende Bedeutsamkeit wissenschaftlicher Erkenntnis für so gut wie alle Lebensbereiche. Und es tut dies, indem es mit dem „Pluralismus der Werte“ (Max Weber) gerade die Unterschiedlichkeit der Dimensionen betont, in denen die Erkenntnisse der Wissenschaften allererst ihre außerordentliche Bedeutsamkeit entfaltet.

<sup>1</sup> Karl Kraus, Die Fackel XIII (1911), Nr. 326–328, S. 44

Dem Bereich von Marktinnovationen – seien sie technischer oder sozialer Art – gilt dabei die öffentliche Aufmerksamkeit oft in besonderem Maße; und so auch heute während unserer Festveranstaltung. Doch kommen ungezählte andere Leistungsdimensionen von Wissenschaft und Forschung hinzu. Dass sie sich zuweilen ökonomisch schwieriger beschreiben lassen, das heißt keineswegs, dass sie von geringerem Gewicht wären für individuelle Lebensführung oder für gesellschaftliche Wohlfahrt oder für die Sinnwelten, ohne die wir so wenig existenzfähig sind wie ohne Güter, Informationen und Dienstleistungen.

Die enorme Bedeutung wissenschaftlicher Erkenntnisse ergibt sich also gerade aus der Vielfalt der Wertebeziehungen, in denen diese Erkennt-

nisse zur modernen Wissenschaftsgesellschaft stehen: als ein ökonomischer Faktor; als Grundlage technischer und sozialer Innovationen; als Beitrag zur Lösung jener Herausforderungen, vor die die Gesellschaft sich unter anderem in ökologischer, demografischer, medizinischer Hinsicht gestellt sieht; oder als komplexe (zum Beispiel sozialwissenschaftliche, juristische oder philosophische) Selbstbeobachtung, die für hochmoderne Gesellschaften konstitutiv ist; oder eben auch als jene neugierige und leidenschaftliche Erkenntnis der natürlichen wie kulturellen Welt, die sich schon aus unserer anthropologischen Ausstattung ergibt: Zur „condition humaine“ gehört nun einmal das Staunen können.

Diese Vielfältigkeit von Erkenntniswerten, diese Differenziertheit und Komplexität der gesellschaftlichen Funktionsformen und Funktionsbezüge der Wissenschaften, sie lässt sich kaum mehr in einem einzigen Einrichtungstypus zusammenführen. Sie bedarf eines arbeitsteiligen und sorgfältig ausgesteuerten Organisationsgefüges von Wissenschaft. Das haben wir in Deutschland – mit Universitäten und Fachhochschulen, mit Forschungs- und Fördereinrichtungen, mit geteilten rechtlich-administrativen, finanziellen und politischen Zuständigkeiten.

Dieses Organisationsgefüge ist nicht ohne föderale Aushandlungsprozesse zu haben. Umso wichtiger, dass Bund und Länder mit den Vereinbarungen von Ende Mai ihre gemeinsame Verantwortung für Wissenschaft und Forschung bekräftigt und ihr Rechnung getragen haben. Dass der Bund das BAföG und die benötigten Aufwüchse im Pakt für Forschung und Innovation übernimmt, verpflichtet die Länder zu einer politischen Schwerpunktsetzung bei Bildung und Wissenschaft. Und es setzt sie auch finanziell dazu in Stand, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern; an dieser Stelle liegt ja das Zentralproblem aller Wissenschafts-

politik in der Bundesrepublik, und deswegen müsste es übrigens den berechtigten Widerstand gerade der forschungsstarken Universitäten provozieren, wenn man die Programmpauschale zur Disposition stellte. Auf eine mittelfristige Verringerung des Problemdrucks bei der strukturellen Unterfinanzierung der Hochschulen in Forschung und Lehre zielt schließlich auch die ins Auge gefasste Grundgesetzänderung. Sie wird es dem Bund erlauben, sich auch an der institutionellen Finanzierung der Hochschulen zu beteiligen.

Der wissenschaftspolitische Handlungsrahmen für die Weiterentwicklung des deutschen Forschungssystems ist also definiert. Es ist nun an uns, an den Wissenschaftsorganisationen, diesen Handlungsrahmen so auszufüllen, dass Leistungskraft und Leistungshöhe des Wissenschaftssystems auch in den nächsten Jahren weiter wachsen können.

Es ist dies auch an der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Ihre spezifische Systemfunktion ist es ja, Forschungsdrittmittel bereitzustellen für Vorhaben von besonderer Qualität sowie auf der Grundlage wissenschaftsgeleiteter Entscheidungen über Finanzierungsanträge – und zwar zumal für solche Vorhaben, die der Eigenlogik und der Innovationsdynamik wissenschaftlicher Erkenntnisprozesse Raum geben. Deshalb richtet sich das Förderhandeln der DFG systematisch an den wissenschaftlichen Belangen der Forscherinnen und Forscher und der Hochschulen aus; wir sprechen vom Prinzip der „Responsivität“.

Zugleich üben allerdings auch die Effektivität und Qualität der Förderprogramme und Verfahren der DFG direkten Einfluss aus auf die Leistungshöhe des Forschungssystems überhaupt. Wirksamkeit und Güte des Förderhandelns sind daher eine Verpflichtung auch für die Zukunft. Sie sind gerade dort eine Leitlinie, wo die DFG

ihr Programmportfolio weiterentwickelt und Vorschläge dazu machen wird, wie sich in dessen Rahmen Förderfunktionen der Exzellenzinitiative fortführen und mit neuen Antworten auch auf sich verändernde Belange der Wissenschaften verknüpfen lassen.

Die Exzellenzinitiative hat ja im deutschen Wissenschaftssystem eine in vieler Hinsicht positive Veränderungsdynamik freigesetzt. Sie hat die Rahmenbedingungen bester universitärer Forschung und die internationale Wahrnehmung deutscher Universitäten entscheidend verbessert. Sie ist ein Ausbauprogramm, das freilich bei aller Wirksamkeit nicht sämtliche systemischen Spannungen hat auflösen können. Unter diesen besitzt derzeit insbesondere die Situation des Forschungsnachwuchses wissenschaftspolitische Aufmerksamkeit. Promovierende und Postdocs brauchen Arbeitsbedingungen und Karrierewege, die die Wissenschaft für die besten von ihnen attraktiv machen. Doch sind hierzulande berufliche Planungsperspektiven und Scheiternsrisiko aus der Balance geraten, die Personalstrukturen sind bei Weitem zu undifferenziert, viel zu wenige Möglichkeiten gibt es für dritte Wege zwischen dem Aufstieg auf eine der relativ wenigen Professuren und dem völligen Ausstieg aus der Wissenschaft.

Ich spreche freilich ein äußerst komplexes Handlungsfeld an, das sich schwerlich mit einem einzelnen Förderinstrument neu wird ordnen lassen und das auch lediglich teilweise in den Zuständigkeitsbereich der DFG fällt. Immerhin: Den Problemdruck mindern könnte ein Paket sorgfältig aufeinander abgestimmter Maßnahmen, zu dem – aufseiten der DFG – der quantitative und qualitative Ausbau der strukturierten Promotionsförderung ebenso gehört wie erweiterte Finanzierungsmöglichkeiten für Postdocs, und – aufseiten der Länder – wissenschaftsadäquatere Personalstrukturen.

Die Spitzenforschung ist in den zurückliegenden Jahren hierzulande unter anderem, doch besonders prominent gefördert worden durch anspruchsvolle und im internationalen Vergleich ziemlich einzigartige Formen der inneruniversitären Schwerpunktbildung, wie sie für bestimmte Erkenntnisaufgaben unverzichtbar sind. Auch diese Exzellenzcluster sind ein zentrales Element im Wettbewerbsrahmen der Exzellenzinitiative. Und es wäre fatal, wenn ihr Weg ins Leere führte, wenn die mit großem finanziellen und intellektuellem Einsatz geschaffenen Einrichtungen zu Investitionsruinen würden; diesbezüglich herrscht übrigens in diesen Einrichtungen schon jetzt eine spürbare Unruhe und sie ist angesichts des bisherigen Finanzierungsendes der Exzellenzinitiative und der Planungsnotwendigkeiten solcher komplexen wissenschaftlichen Projektformen auch gut verständlich.

Es kommt also entscheidend darauf an, diese Fördermöglichkeit fortzuführen und weiterzuentwickeln. Aufbauend auf den Erfolgen der Exzellenzinitiative müssen die Universitäten verstärkt in der Lage sein können, in bestimmten Forschungsbereichen eine führende Rolle zu übernehmen. Dabei werden sich internationale wissenschaftliche Gravitationswirkungen vielfach mit regionalen Strukturbildungsfunktionen verknüpfen. Und dies bedarf nicht zuletzt eines Förderangebots – wie es die DFG bereitstellen könnte –, das einen flexiblen Finanzrahmen mit organisatorischer Gestaltungsfreiheit und auch mit Laufzeiten verbindet, die den Unterschied zur institutionellen Finanzierung der außeruniversitären Forschung auf der Ebene der Forschungsprozesse selbst immer weniger spürbar werden lassen. Eben auf diese Weise lässt sich dieses hochgesteckte Ziel der Exzellenzinitiative weiterverfolgen, durch Forschungsschwerpunkte die Rolle der Universitäten im Wissenschaftssystem verlässlich zu stärken. Gerade so lässt sich

die Leistungsfähigkeit des Wissenschaftssystems insgesamt weiterentwickeln, für die nach allgemeiner Überzeugung die weitere Verdichtung der Kooperationsbeziehungen über die Grenzen von Organisationen, Forschungstypen, Fächern hinweg konstitutiv ist.

Darf ich dies hinzufügen? Die Förderung und Finanzierung solcher Prozesse auf Umwegen – auch etwa auf Umwegen über die außeruniversitären Forschungsorganisationen – würde mit Fehlfunktionen einhergehen. Sie erfordert vielmehr institutionelle Formate und Verfahren, die genuin auf die strukturellen Belange universitärer Wissenschaft hin angelegt sind.

Und dafür ist die DFG der gegebene Ort: Immer wieder hat sie in ihrer Geschichte auf die Fortschritte der Forschung, auf den Wandel ihrer Belange und auf Strukturentwicklungen des Wissenschaftssystems mit kritischer Genauigkeit förderlich eingewirkt. Ihr Förderprinzip der

Responsivität, die Güte und Wirksamkeit ihrer Verfahren und das Vertrauen, das diese in Wissenschaft und Politik genießen, qualifizieren die DFG dazu, die skizzierte Entwicklungsaufgabe im Rahmen ihres Förderhandelns erfolgreich übernehmen zu können – zum Besten der Wissenschaften und ihrer Erkenntniswerte. Sie brauchen forschungsstarke Universitäten. Von ihnen her kann sich ein hochgradig arbeitsteiliges und in vieler Hinsicht immer weiter sich ausdifferenzierendes Wissenschaftssystem funktional organisieren. Erkenntnisgeleitete Forschung höchster Qualität ist dabei keineswegs die einzige Funktion, aber eine besonders bedeutsame: Ihr und ihren personellen wie institutionellen Möglichkeiten gilt die besondere Aufmerksamkeit der DFG. Denn zumal auch an ihr hängen die besonderen und vielfältigen gesellschaftlichen Erkenntniswerte, um die es in der Wissenschaft so oder so immer geht.

Herzlichen Dank!

# Grußwort

## von Staatsministerin Doris Ahnen

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,  
sehr verehrter Herr DFG-Präsident,  
sehr geehrter Herr Kollege Rhein,  
sehr geehrter Herr Professor Müller-Esterl,  
sehr geehrte Festgäste,

ich danke Ihnen für die Einladung zur heutigen Festveranstaltung und überbringe Ihnen gern die Grüße meiner Kolleginnen und Kollegen in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz.

Lassen Sie mich meinen Dank an die Deutsche Forschungsgemeinschaft an den Anfang stellen: Ich danke der DFG sehr herzlich für ihre erfolgreiche Arbeit und dafür, dass sie ihre wichtige, ja zentrale Rolle im deutschen Wissenschaftssystem so gewissenhaft wahrnimmt. Bund und Länder schätzen die DFG als zuverlässige Partnerin bei der bestmöglichen Verwendung der erheblichen Fördermittel für die qualitativ besten Anträge. Auch die Exzellenzinitiative hätte ohne die DFG nicht die erfolgreiche Wirkung entfalten können, die sie zweifelsohne hat. Die wissenschaftsgeleitete Projektförderung ist das Alleinstellungsmerkmal der DFG im Wissenschaftssystem, um das wir international beneidet werden. Ihre zentrale Rolle lässt sich mit einer sehr eindrucksvollen Zahl unterlegen: Für ihre künftigen Kernaufgaben werden der DFG 2015 fast zwei Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Für Programmpauschalen, Forschungsgroßgeräte und Exzellenzinitiative kommen zweckgebundene Mittel von rund einer Milliarde Euro hinzu. Eine stolze Summe, die Ausdruck des großen Vertrauens ist, das Bund und Länder der DFG entgegenbringen.

Die DFG ist aufs Engste mit den Hochschulen verbunden, und ihr Blick beschränkt sich dabei nicht auf deren Spitzenforschung. Ich kann das Unbehagen von Herrn Professor Strohschneider verstehen, wenn er befürchtet, dass die DFG mit ihrem enormen Drittmittelbudget zunehmend in die Rolle eines Grundfinanzierers von Universitäten geraten könnte. Auch wenn die Länder komplementär vielfältige Anstrengungen unternommen haben, um die Grundhaushalte der Hochschulen zu steigern, herrscht vollkommen zu Recht ein breiter Konsens, dass die Grundfinanzierung weiter verbessert werden muss.

Ich halte es vor diesem Hintergrund für einen großen Fortschritt, dass ein zentrales Versprechen aus dem Koalitionsvertrag nun konkretisiert werden konnte. Der Bund wird das BAföG vollständig übernehmen. Das entlastet die Länder und gibt ihnen neue Spielräume im Bildungs- und Wissenschaftsbereich. Ich sehe hier einen besonders großen Bedarf im Bereich der Hochschulen. Nicht nur in Rheinland-Pfalz wurden deshalb bereits entsprechende Festlegungen getroffen. Darüber hinaus birgt die Initiative zur Änderung des Artikels 91 b im Grundgesetz neue Chancen für ein dauerhaftes Engagement des Bundes im Bereich der Hochschulen.

Wir haben also in den nächsten Monaten wesentliche Weichenstellungen für das deutsche Wissenschaftssystem vorzunehmen. Dabei werden wir auf Bewährtes aufsetzen und manches mit neuen Akzenten versehen können.

Das klare, gemeinsame Bekenntnis zur Fortführung und Weiterentwicklung der Pakte und zur Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass wir die Entwicklungschancen, die sich für Wirtschaft und Gesellschaft durch ein international wettbewerbsfähiges Wissenschaftssystem bieten, auch für die nächsten Jahre absichern und das Drei-Prozent-Ziel der Lissabon-Strategie kontinuierlich erreichen können.

Lassen Sie mich einige Aspekte herausgreifen, die für die Länder besonders wichtig sind: Der Hochschulpakt 2020 hat über 600 000 zusätzlichen Studienanfängerinnen und -anfängern ein qualitativ hochwertiges Studium eröffnet. Das ist ein Riesenerfolg und eine enorme Kraftanstrengung der Hochschulen. Nun müssen die Ausfinanzierung des Hochschulpakts von Bund und Ländern gemeinsam gesichert und die Vereinbarungen für die dritte Paktphase zügig auf den Weg gebracht werden, damit die Hochschulen frühzeitig Planungssicherheit erhalten. Mit genau diesem Ziel arbeiten wir in der GWK mit Hochdruck an der Fortsetzung des Hochschulpakts.

Im Rahmen des Pakts für Forschung und Innovation unternehmen Bund und Länder seit fast zehn Jahren große Anstrengungen für ein international herausragendes Wissenschaftssystem. Durch die verlässlichen Mittelaufwüchse der letzten Jahre konnte die außeruniversitäre Forschung ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit deutlich verbessern und die vereinbarten strategischen Ziele intensiv verfolgen. Die Hochschulen haben über die Förderprogramme der DFG davon ebenfalls profitiert.

Die Fortsetzung des Pakts für Forschung und Innovation steht ganz weit oben auf der Agenda der GWK. Ich begrüße es sehr, dass der Bund die jährlichen Aufwüchse in Zukunft alleine übernehmen wird. Der Ausgestaltung des PFI werden Bund und Länder sich weiterhin in enger, vertrauensvoller Zusammenarbeit gemeinsam annehmen.

Ein Punkt ist dabei aus Sicht der Länder besonders wichtig: Die fünfjährige Laufzeit des PFI hat sich bewährt und sollte im Sinne von Verlässlichkeit und Planungssicherheit für die Wissenschaftseinrichtungen unbedingt beibehalten werden.

Gleiches gilt für ein erfolgreiches Instrument, durch das die Forschung an Hochschulen in den letzten Jahren gezielt unterstützt werden konnte. Die Länder setzen sich mit großem Nachdruck für die Fortführung der DFG-Programmpauschalen ein. Wir halten es für sinnvoll, besonders jene Hochschulen von einem Teil der Overhead-Kosten zu entlasten, die bei der Einwerbung von Drittmittelprojekten besonders erfolgreich sind. Die Programmpauschalen sind ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen in der Forschung.

Nicht zuletzt werden in den nächsten Jahren die Weichen zu stellen sein für die Zeit nach der zweiten Runde der Exzellenzinitiative. Durch dieses Programm, das international viel Aufmerksamkeit findet, haben Bund und Länder die universitären Stärken strukturell ausgebaut, einen förderlichen Wettbewerb unter den Hochschulen in Gang gesetzt und eine neue, positive Dynamik in das deutsche Wissenschaftssystem gebracht. Die Möglichkeiten für Spitzenforschung wurden verbessert, ohne letztlich eine wichtige Stärke des deutschen Wissenschaftssystems zu gefährden. Ich meine seine hohe Qualität in der Breite, die zentrale Voraussetzung für internationale Spitzenforschung ist. Diesen strukturellen Wettbewerbsvorteil gilt es bei allen Zukunftsüberlegungen unbedingt im Auge zu behalten.

Ich meine, wir sind gut beraten, ein kluges Konzept zu entwickeln, das verschiedene Ziele einbezieht, die Profile der Universitäten bottom-up stärkt und nicht intendierte Nebenwirkungen bestmöglich vermeidet. Dabei werden wir die Ergebnisse und Einschätzungen der internationalen Experten-

kommission einbeziehen können, die wir gerade eingesetzt haben und die nun Wirkungen, Stärken und Schwächen der Exzellenzinitiative evaluieren wird. Ich möchte deshalb in der Sache nur einen Punkt herausgreifen, der den Ländern besonders wichtig ist: Die seit 2012 erstmals geförderten Projekte müssen bei der Weiterentwicklung der Exzellenzinitiative besonders berücksichtigt werden.

Bei all diesen Weichenstellungen werden wir ein Thema mitdenken müssen, das für die Zukunft unseres Wissenschaftssystems von großer Bedeutung ist. Ich meine die Schaffung planbarer und verlässlicher Karriereperspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Es ist meine feste Überzeugung, dass dies ein Schlüsselthema ist für die Leistungsfähigkeit im internationalen Wettbewerb. Dieses Schlüsselthema werden wir auch mit Blick auf die Weiterentwicklung der Pakte dringend bearbeiten müssen. Dabei kommt vor allem den Wissenschaftseinrichtungen und ihrer gelebten Praxis eine herausgehobene Verantwortung zu. Die DFG hat hier mit ihrem Förderportfolio Beachtliches geleistet.

Projektförderung kann die strukturelle Lösung der Herausforderungen jedoch nicht ersetzen. Hier sind alle Einrichtungen der Wissenschaft als Arbeitgeber gefordert. Und hier wird die anstehende Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes, die ich begrüße, einen wichtigen Beitrag leisten können.

Es ist uns ein gemeinsames Anliegen, die Dynamik der letzten Jahre aufrechtzuerhalten. Wissenschaft und Forschung sind entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Die großen Fragen, vor denen wir in Deutschland, in Europa und weltweit stehen, werden wir ohne exzellente Forschung, ohne die Neugier und den Wissensdurst unserer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht erfolgreich beantworten können.

Unser arbeitsteilig organisiertes Wissenschaftssystem in all seiner produktiven Vielfalt hat das Poten-



zial, sich auch in den nächsten Jahren als ebenso dynamisch und zukunftsgerichtet zu erweisen wie zuletzt. Ich bin mir sicher, dass die DFG dabei eine ganz wesentliche Rolle spielen kann und wird.

Ich hoffe, dass die Deutsche Forschungsgemeinschaft ihre Rolle im Zentrum unseres Wissenschaftssystems weiterhin in der Balance von Selbstbewusstsein und Bescheidenheit, von innovativen Neuerungen und Fortführung des Bewährten und von ausgesuchter Höflichkeit und beharrlichem Drängen auf kluge Lösungen ausfüllen wird, die sie aus meiner Sicht besonders auszeichnet. Ganz im Sinne des römischen Philosophen Seneca, der gesagt hat: „Ein großer Teil des Fortschreitens besteht darin, dass wir fortschreiten wollen.“

Ich bin sicher: Die DFG will weiter fortschreiten und ich wünsche ihr dabei alles Gute.

# Ansprache

## von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Sehr geehrter Herr Professor Strohschneider,  
sehr geehrte Frau Staatsministerin Ahnen,  
sehr geehrter Herr Staatsminister Rhein,  
sehr geehrter Herr Professor Müller-Esterl,  
meine Damen und Herren,  
werte Festversammlung,

morgen werden wir im Deutschen Bundestag an den Beginn des Ersten Weltkriegs in einer Gedenkveranstaltung erinnern. Vor 100 Jahren herrschte in Europa ein explosives Gemisch aus nationaler Überheblichkeit, diplomatischer Sprachlosigkeit und verheerender Kriegslust. Die folgenden Kriegserklärungen setzten eine unsägliche Gewaltmaschinerie in Gang, die Millionen Opfer forderte. Europa – ein Ort der Aufklärung, der Bildung, der Wissenschaft und Kultur – führte sich damals selbst ad absurdum.

Diese historischen Ereignisse bildeten gleichsam die politische und gesellschaftliche Kulisse, vor der sich die Bürgerinnen und Bürger von Frankfurt am Main ihren großen Traum von ihrer eigenen Universität erfüllten. Im Oktober 1914, als Europa im Krieg versank, eröffneten sie feierlich die erste deutsche Stiftungsuniversität. Heute zählt die Universität Frankfurt zu den größten Hochschulen Deutschlands. Sie hat viele Biografien und Generationen junger Menschen geprägt. Sie hat zur Geistes- und Wissenschaftsgeschichte unseres Landes bedeutsame Kapitel beigezeichnet. Sie hat sich und der Stadt Frankfurt, zum Beispiel auch über die Frankfurter Schule, auch weit über die Landesgrenzen hinaus einen Namen gemacht.

Zum Jubiläum der Universität Frankfurt gratuliere ich deshalb von Herzen. Ich wünsche den Studierenden, den Lehrenden und allen Hochschulangehörigen weiterhin viel Erfolg. Die Zeichen stehen gut, dass sich dieser Wunsch erfüllt. Denn die Universität will ja auch räumlich beste Voraussetzungen für Lehre und Forschung schaffen oder hat dies schon getan. Hier am Campus Westend, aber auch an anderen Standorten, kann man das sehen. Als ich hier hereinkam, wäre ich fast geneigt gewesen, zu sagen, auch selbst nochmals studieren zu wollen. Allerdings ist es zumindest hier nicht möglich, Physik zu studieren.

Meine Damen und Herren, Sie bauen hier auf Exzellenz – im wörtlichen wie im übertragenen Sinne. Das zeigen auch die drei Exzellenzcluster, mit denen die Universität aus der Exzellenzinitiative erfolgreich hervorging. Lieber Herr Professor Müller-Esterl, Sie selbst haben Ihren Anteil daran. Und Sie stecken die Ziele noch deutlich höher. Sie wollen, dass sich die Universität Frankfurt zum – wie Sie sagen – „Harvard am Main“ entwickelt. Sie rechtfertigen diesen hohen Anspruch weniger mit der Frage als vielmehr mit der Feststellung – ich zitiere: „Aber wo, bitte, soll es noch Visionen geben, wenn nicht an einer Universität!“

Ohne Zweifel sind die Universitäten und anderen Forschungsinstitutionen so etwas wie die Denkfabriken unseres Landes. Damit bieten sie auch Raum für Visionen. Forschung und Wissenschaft bilden das Fundament ständiger Inno-

vationsfähigkeit unserer Wirtschaft. Sie schaffen die Grundlagen unseres Wohlstands. Leichter gesagt, als getan. Jedenfalls hat Deutschland ein leistungsfähiges und international wettbewerbsfähiges Wissenschafts- und Forschungssystem. Und daher ist es die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die als eine der größten Förderorganisationen der Wissenschaft und als Selbstverwaltungsorganisation die Idee wissenschaftlicher Freiheit, Selbstständigkeit und Exzellenz geradezu verkörpert. Und deshalb bin ich gerne heute hier. An dieser Stelle gratuliere ich auch den drei neu gewählten Präsidiumsmitgliedern und freue mich auch über die weibliche Präsenz.

Die DFG denkt nicht allein oder vorrangig in Kategorien wirtschaftlicher Verwertbarkeit von Forschungsergebnissen – obwohl das Wort „Werte“ ja eine Rolle hier heute spielt. Sie stellt vielmehr das Erkenntnisinteresse in den Mittelpunkt der Arbeit. Und so verschafft sie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Freiräume und öffnet Wege für Neues. Grundlagenforschung braucht Unabhängigkeit und Zeit. Nicht immer geht es geradlinig voran. Auch Rückschritte und Sackgassen sind nicht ausgeschlossen. Und deshalb braucht es auch immer wieder einigen Mut, sich auf ein solches Wagnis einzulassen.

Der englische Historiker Henry Thomas Buckle stellte im 19. Jahrhundert einmal fest – ich zitiere: „Der größte Feind des Fortschritts ist nicht der Irrtum, sondern die Trägheit.“ Dieser Satz gilt bis heute. Das sollten wir uns auch in unserer gut entwickelten Gesellschaft immer wieder vor Augen führen. Die DFG ist selbstverständlich eine Organisation, die sozusagen per definitionem der Trägheit entgegenwirkt – oder ihr zumindest entgegenwirken sollte, falls es leichte Anflüge von Trägheit geben sollte, was ich mich schon allein wegen der Selbstverwaltung nicht zu behaupten trauen würde. So, jetzt könnten wir noch ein Seminar über Konjunktive abhalten.

Jedenfalls spornt die DFG zur Höchstleistung an. Sie geht auch selbst mit höchstem Qualitätsanspruch ans Werk. Und dazu gehört die besondere Sorgfalt bei Begutachtungs- und Auswahlverfahren. Ich will an dieser Stelle auch einmal all denen, die an diesen Begutachtungs- und Auswahlverfahren mitwirken, ein herzliches Dankeschön sagen. Die Selbstverwaltung würde nicht so gut funktionieren, wenn es nicht viele Menschen gäbe, die so an sie glauben, dass sie auch viel Zeit und Leidenschaft investieren. Herzlichen Dank dafür – den Gutachtern ebenso wie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle und den Gremienmitgliedern.

„Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei“ – so heißt es in Artikel 5 unseres Grundgesetzes. Diese Freiheit mit Leben zu erfüllen, das ist die Aufgabe der Wissenschaft. Aufgabe der Politik ist es, dafür zu arbeiten, dass die Wissenschaft dieser Aufgabe gerecht werden kann, dass diese Freiheit gewahrt wird und nutzbar bleibt. Um die Weichen richtig zu stellen, bedarf es daher eines engen Austauschs zwischen Wissenschaft und Politik. Und auch hierbei nimmt die Deutsche Forschungsgemeinschaft wieder eine zentrale Rolle ein. Diese Rolle nimmt sie auch deshalb so überzeugend wahr, weil sie sich auch selbst in der Verantwortung für das Wissenschaftssystem sieht. Dies zeigt sie zum Beispiel mit ihren Initiativen zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Wissenschaft, zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis oder zur Zukunft des Wissenschaftssystems insgesamt.

Mit ihren klaren Positionen bietet die DFG der Politik unverzichtbare Orientierungshilfen. Umgekehrt macht die Bundesregierung deutlich – Frau Ahnen hat das Gleiche bereits für die Länder gesagt –, dass Bildung, Forschung und Wissenschaft für uns Priorität haben. Wir haben in der letzten Legislaturperiode 13 Milliarden Euro mehr im Vergleich zur vorangegangenen Legislaturperiode bereitgestellt. Dazu haben wir haushaltspolitische



Freiräume genutzt, ohne unseren Konsolidierungskurs zu verlassen. Das heißt, wir haben hier also wirklich Schwerpunkte gesetzt. Das Ziel, drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung zu investieren, haben wir so gut wie vollständig erreicht. Zwei Drittel dieser Investitionen werden von der Wirtschaft aufgebracht, ein Drittel von der öffentlichen Hand. Deutschland gehört damit zur Spitzengruppe unter den Ländern auf der Welt. Aber es finden sich eben auch Länder, die mehr ausgeben – zum Beispiel Südkorea oder auch Israel.

In der Tat aber hat Deutschland als Wissenschafts- und Forschungsstandort an Attraktivität gewonnen. Die Quote der Studienanfänger liegt auf Rekordniveau, ebenso die Zahl der Studierenden insgesamt. Wir treffen damit auch Vorsorge für die Zeit, in der der demografische Wandel noch

stärker spürbar sein wird. Deutschland ist inzwischen auch eines der beliebtesten Zielländer ausländischer Studierender. Dass das nicht ganz einfach zu erreichen ist, kann man sich vorstellen, wenn man schon allein an die Sprachbarrieren denkt. Deshalb will ich auch hier ein deutliches Dankeschön dafür sagen, dass sich viele Universitäten und Hochschulen geöffnet haben – auch was die Curricula angeht – und damit die Attraktivität des Studienortes Deutschland verbessert haben. Auch bei Spitzenforscherinnen und Spitzenforschern aus aller Welt genießen wir einen guten Ruf. Ich glaube, das hat auch wesentlich mit der Planbarkeit der Wissenschaftsfinanzierung zu tun, natürlich auch mit den Angeboten und der Exzellenz unserer Organisationen.

Aber wir stehen in einem starken Wettbewerb. Und deshalb dürfen wir nicht nachlassen, unser

Profil zu schärfen. Ich glaube, eine besondere Stärke, auf die wir bauen können, ist ein Wissenschaftssystem mit sehr unterschiedlichen Einrichtungen und Organisationen. Diese sind jeweils einzigartige Bausteine, die zusammen aber ein in sich schlüssiges Gesamtgefüge des Forschungssystems bilden. Daraus ergibt sich allerdings eine besondere Herausforderung für die Zusammenarbeit, die natürlich nicht immer völlig spannungsfrei verlaufen kann; wie sollte sie das auch? Es ergibt sich aber auch ein hohes Maß an Flexibilität. Das heißt, Fehler und Irrtümer, die nicht ausbleiben, sind sozusagen nicht gesamtsystemisch, sondern können immer wieder ausbalanciert werden. Auch deshalb brauchen wir Kooperationen. Es ist deshalb durchwegs zu begrüßen, wenn Einrichtungen auch über ihre angestammten Disziplinen und Forschungsbereiche hinweg immer wieder Brücken schlagen.

Förderlich hierfür ist aus meiner Sicht nun auch die avisierte Änderung des Artikels 91b des Grundgesetzes. Dazu haben wir jetzt einen Gesetzentwurf in der Abstimmung. Wir wollen neue Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bund und Ländern schaffen, aber eben auch zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Wenn man sich die Clusterbildung in anderen Ländern anschaut, dann weiß man, dass es unbedingt notwendig ist, auch selbst Synergien zwischen Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen außeruniversitärer Art zu haben.

Wir kommen also nicht nur zu neuen Möglichkeiten der Kooperation zwischen Bund und Ländern, sondern eben auch zwischen verschiedenen Einrichtungen. Wir haben damit ja schon erste Erfahrungen gesammelt. Das Karlsruher Institut für Technologie und das Berliner Institut für Gesundheitsforschung sind sozusagen erste Bausteine. Frau Ahnen kuckt gerade ganz streng, weil wir das einfach schon vor einer Grundgesetzänderung angefangen haben. Trotzdem ist kein Skandal dar-

aus entstanden. Aber für die Zeit nach der Exzellenzinitiative müssen wir das sicherlich auf felsenfeste rechtliche Grundlagen stellen. Und deshalb sind wir jetzt auf dem richtigen Weg.

Für die Hochschulen sind vorrangig die Länder zuständig, aber der Bund wird im Rahmen seiner rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten weiter gezielt herausragende Forschung und Lehre fördern. Wir wollen Akzente dort setzen, wo wir Deutschland insgesamt voranbringen können. Und deshalb brauchen wir auch einen intensiven Dialog zwischen Bund und Ländern. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat ja mit ihrem Positionspapier von 2013 bereits konkrete Anregungen gegeben.

Wichtig ist, dass wir in der Exzellenzinitiative das Erreichte sichern und auch entsprechend einschlägiger Gutachten in eine dauerhafte Förderung überführen. Und wichtig ist, welche neuen Formen der Förderung mittel- und langfristig zum Tragen kommen. Wir müssen auch aufpassen, dass der Bürokratieaufwand möglichst gering ist. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wollen sich in der Regel auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren. Wenn man nur noch zwischen Begutachtung und Selbstbegutachtung sein Tagwerk vollbringt, dann fehlt natürlich Zeit für Forschung. Das heißt, auch hier muss eine gewisse Balance gefunden werden. Das gilt auch mit Blick auf die hier schon genannte Programmpauschale, die etwas mit Overhead-Kosten zu tun hat. Auch hier darf der Bürokratieaufwand nicht beliebig anwachsen, sondern muss im Zaum gehalten werden.

Wir haben bereits beschlossen, dass der Bund die Länder dauerhaft entlastet – aber erst nach langem Ringen. Auch ich persönlich war am Anfang nicht ganz begeistert davon, dass der Bund nun auch noch die BAföG-Leistungen ganz übernehmen soll. Ich glaube allerdings, dass wir uns keinen Gefallen täten, wenn wir immer wie-

der neue Formen der Mischfinanzierung finden würden, sondern dass es besser ist, ganze Blöcke eben auch im Zusammenhang zu sehen. Die Neuregelung entlastet die Länder um jährlich fast 1,2 Milliarden Euro. Das ist ein erheblicher Betrag. Daran ist natürlich die Erwartung geknüpft, dass dies auch den Hochschulen deutlich zugutekommt. Daher will ich Herrn Staatsminister Rhein dafür loben, dass Hessen das sozusagen im Geiste dieser Vorstellungen macht. Ich habe auch aus Rheinland-Pfalz einiges gehört. Schauen wir mal, wie es wird. Jedenfalls wollen wir gerne, dass die frei werdenden Gelder den Hochschulen zugutekommen. Es ist auch weitgehend unstrittig, dass das notwendig ist.

Der Bund steht auch zu den Zusagen aus den sogenannten Pakten, die wir mit den Ländern geschlossen haben. Da ist zum Beispiel der Hochschulpakt zu nennen – eine wirklich sehr erfolgreiche Kooperation von Bund und Ländern, mit der wir rund 625 000 zusätzliche Studienplätze bis 2015 schaffen. Aber jetzt werden wir fast schon wieder ein bisschen ängstlich. Als ich Bundeskanzlerin wurde, haben rund 37 Prozent eines Jahrgangs ein Studium begonnen. Jetzt sind es weit mehr als 50 Prozent. Das heißt, wir bewegen uns auf einen Zustand zu, bei dem wir aufpassen müssen, dass die Attraktivität der dualen Ausbildung nicht leidet. Denn Deutschlands Erfolge in der Bildungspolitik beruhen immer auch darauf, dass wir eine gute Balance hatten. Das müssen wir auch weiter im Auge behalten. Der Bund hat für den Hochschulpakt jedenfalls erheblich Mittel bereitgestellt. Und das hat auch erheblich Wirkung gezeigt.

Es gibt auch den Qualitätspakt Lehre – und außerdem den Pakt für Forschung und Innovation, mit dem wir den Forschungsorganisationen einen jährlichen Aufwuchs der Fördermittel sichern und damit ein hohes Maß an Berechenbarkeit und Planbarkeit bieten. In Zukunft werden

wir diese Aufwüchse allein aus Bundesmitteln bestreiten und damit den Ländern wiederum eine gewisse Entlastung zukommen lassen, ohne dass wir die doppelte Verantwortung aufheben. Ich finde, das ist auch ganz wichtig. Ich hatte mal testweise einigen Ländern vorgeschlagen, dass der Bund statt der BAföG-Leistungen die Max-Planck-Finanzierung ganz übernehmen könnte. Das ist aber nicht auf viel Zustimmung gestoßen. Ich hatte dabei zum ersten Mal einen großen Stolz der Länder wahrgenommen, dass wir das gemeinsam machen.

So leisten wir also einen Beitrag dazu, dass bei den Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung der Drei-Prozent-Anteil am Bruttoinlandsprodukt gesichert wird. Wir wollen auch die außeruniversitäre Forschung weiter stärken. Wir dürfen aber keine Entwicklung haben, in der die Forschungskapazität der Universitäten stagniert oder vielleicht sogar zurückgeht, während die außeruniversitäre Forschung immer besser dasteht. Denn wenn wir Artikel 91 b ändern, dann wollen wir ja, dass beide Säulen leistungsfähig bleiben.

Der jüngste Monitoring-Bericht zum Forschungs- und Innovationspakt zeigt, dass allein zwischen 2009 und 2013 die Zahl der Beschäftigten in außeruniversitären Forschungseinrichtungen um 23 Prozent gestiegen ist. Das ist ein wichtiger Erfolg. Allerdings komme ich an diesem Punkt nochmals auf das Thema Gleichstellung von Frauen und Männern zu sprechen. Frauen stellen zwar gut die Hälfte der Hochschulabsolventen. Noch über 45 Prozent der Promotionen werden von Frauen erreicht. Bei den Habilitationen aber sind wir nur noch bei gut einem Viertel, bei den Professuren bei einem Fünftel. Im außeruniversitären Bereich sieht es noch schlechter aus. Nun freue ich mich ja, dass wir heute eine Vortragende haben. Wir sind durchaus auf einem vernünftigen Pfad. Aber wenn es darum geht, die gesamte Leistungsfähigkeit des deutschen

Wissenschaftssystem zu erschließen, dann kann und darf das an den Frauen nicht vorbeigehen. Das sage ich auch als ehemalige Physikerin.

Wenn Innovationsfähigkeit unsere wichtigste Wohlstandsquelle ist – und ich bin davon überzeugt, dass dies so ist –, dann müssen wir unsere Stärken stärken; und zwar in personeller wie auch in fachlicher Hinsicht. Deshalb konzentrieren wir uns mit der Hightech-Strategie auf besonders erfolgversprechende Innovationsbereiche. Wir nehmen dabei immer wieder sehr ehrliche Analysen vor, welche Rolle wir auch im internationalen Konzert spielen. Wir verfolgen einen ressortübergreifenden Ansatz, um die Kräfte aus Wissenschaft und Wirtschaft noch besser zu bündeln. Wir wollen natürlich auch daran arbeiten, Ergebnisse der Wissenschaft möglichst schnell in marktfähige Lösungen zu überführen.

Die Hightech-Strategie und ihre Weiterentwicklung sind nur ein Beispiel dafür, dass wir gleichermaßen auf Kontinuität und Aufbruch setzen. Das muss natürlich auch finanziell auf sicheren Füßen stehen. Deshalb haben wir uns vorgenommen, in dieser Legislaturperiode für den Bereich Bildung und Forschung insgesamt neun Milliarden Euro mehr auszugeben; das heißt, drei Milliarden Euro mehr für Forschung, sechs Milliarden Euro insgesamt mehr für Bildung. Der Bund steht damit zu seiner gesamtstaatlichen Verantwortung. Wir brauchen eine starke Wissenschaft. Schließlich schafft sie – und das entspricht ja auch dem Motto Ihrer Jahresversammlung – in vielerlei Hinsicht „ErkenntnisWerte“.

In diesem Sinne steht Deutschland auch zu seiner europäischen Verantwortung. Wir haben längst eine sehr produktive Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union in Wissenschaft, Forschung und Entwicklung. Und ich glaube, man sieht manchmal gar nicht, wie sehr das bereits ein Ausdruck gelungener europäischer Integration ist.

Wir sprechen auf europäischer Ebene oft über viele Bereiche, aber vielleicht nicht oft genug über den Forschungsbereich. Aber das, was man in der Europäischen Union „Horizont 2020“ nennt, ist ein Forschungsprogramm mit insgesamt 77 Milliarden Euro. Ich bin sehr froh, dass wissenschaftliche Exzellenz in Europa an Bedeutung gewonnen hat. Früher hat man ja noch viel nach dem Regionalprinzip gemacht, heute ist vielmehr wissenschaftliche Exzellenz das Leitprinzip. Der Europäische Forschungsrat hat doch Maßstäbe gesetzt, die wir viele Jahre in Europa nicht hatten. Das ist aus meiner Sicht ein riesiger Fortschritt.

Wir arbeiten im Übrigen auch an der Vollendung des europäischen Forschungsraums. Wir wollen mehr Mobilität, mehr offenen Austausch von Forscherinnen und Forschern erreichen. Denn Forschung kennt keine Grenzen; oder um hier an dieser Universität Goethe zu zitieren: „Es gibt keine patriotische Kunst und keine patriotische Wissenschaft. Beide gehören, wie alles hohe Gute, der ganzen Welt an.“

Meine Damen und Herren, Wissenschaft und Forschung zum Wohle der Menschen zu fördern, ist auch und gerade im Zeitalter zunehmender Globalisierung eine höchst ehrenvolle, eine höchst wichtige Aufgabe. Dafür, dass sich die Deutsche Forschungsgemeinschaft mit ihrer Kompetenz und ihrem Sachverstand dieser Aufgabe widmet, bin ich sehr dankbar.

Uns allen, die wir in Deutschland, Europa und anderswo vom Erkenntnisgewinn zehren und profitieren, wünsche ich, dass die Deutsche Forschungsgemeinschaft auch weiterhin auf Erfolgskurs bleibt. Tagen Sie gut, streiten Sie sich manchmal, seien Sie ehrlich in der Einschätzung von Stärken und Schwächen, dann werden Sie dem Auftrag der Selbstverwaltung am besten gerecht; dann muss sich die Politik auch gar nicht viel um Sie kümmern. Dennoch danke dafür, dass ich heute eingeladen war.



**Ausführliche Online-Berichterstattung zur DFG-Jahresversammlung 2014:**

[www.dfg.de/dfg\\_profil/reden\\_stellungnahmen/2014/140703\\_jahrespressekonferenz/index.jsp](http://www.dfg.de/dfg_profil/reden_stellungnahmen/2014/140703_jahrespressekonferenz/index.jsp)

**forschung**

Das Magazin der Deutschen Forschungsgemeinschaft

3/2014

